

**Ergänzungsantrag zu TOP 13 des SKSA am 26.08.2021 (0858/2018/DS –Befristeter Ausbau der Schulsozialarbeit über das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ des Bundesbildungs- und des Bundesfamilienministeriums)**

**ANTRAG:**

Die Ziffer 1 des Antrags wird wie folgt ergänzt:

Die Verwaltung wird beauftragt der Selbstverwaltung bis Juni 2022 einen Erfahrungsbericht über die Auswirkungen dieses Programms vorzulegen. Sofern sich aus fachlicher Sicht der Einsatz dieser zusätzlich für die Schulsozialarbeit an Grundschulen bereitgestellten Personalstunden bewährt hat, soll die Verwaltung einen Vorschlag unterbreiten, wie eine Verstetigung der Finanzierung dieser Mehrstunden möglich ist.

Gleichzeitig spricht sich die Ratsversammlung für eine Verlängerung des Programms aus. Die Verwaltung soll dafür, zum Beispiel über den Städteverband, aktiv werden.

**BEGRÜNDUNG:**

Die Erfahrungen der letzten Jahre haben ergeben, dass eigentlich die den reinen Grundschulen zur Verfügung gestellten Stunden für die Schulsozialarbeit den tatsächlichen Bedarf nicht abdecken.

Daher scheint es notwendig ernsthaft über eine dauerhafte Erhöhung dieser Stunden nachzudenken.

Eine Rückstufung der Stunden ab dem 01.01.2023 ist für die SPD nicht vorstellbar.

Da die durch Corona aufgetretenen zusätzlichen Probleme über den 31.12.2022 hinaus noch bestehen werden, sollte das Bundesprogramm verlängert werden. Dafür soll die Verwaltung werben.

Bernd Delfs und Fraktion